

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 99/39  
Telex: 888846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Dieter Schanz MdB  
kommentiert die  
Selbstdarstellung des  
Bundeslandwirtschafts-  
ministers: Umgestal-  
tung der Politik wäre  
besser. Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB  
und Lissy Gröner MdEP  
unterstreichen die  
Notwendigkeit, der  
nachwachsenden Ge-  
neration eine humane  
Zukunft zu bieten: Eu-  
ropaweit für die Kinder  
einsetzen. Seite 2

Klaus Lennartz MdB  
und Mariëse Dob-  
berthien MdB plädieren  
für eine Kennzeich-  
nungspflicht für gen-  
technische Lebens-  
mittel. Seite 3

### Dokumentation

Der SPD-Vorsitzende  
Björn Engholm und  
sein stellvertreter Oskar  
Lafontaine haben das  
Konzept der Arbeits-  
gruppe "Deutschland  
2000" vor der Presse  
erläutert. Ihre Ausführ-  
ungen im Wortlaut.

Seite 4

47. Jahrgang / 10

15. Januar 1992

### Umgestaltung der Entwicklungspolitik wäre besser Aber Landwirtschaftsminister Kiechle zieht Eigenlob vor

Von Dieter Schanz MdB

Das politische "Mäntelchen Umweltschutz" scheint sehr beliebt, so daß es sich beinahe jeder Überziehen will. Dabei kann es dann passieren, daß (zum Glück!) es nicht jedem so recht passen will. So hat auch Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle seine Schwierigkeiten mit dieser politischen "Garderobe", wenn er sich auch mit der Herausgabe der Broschüre "Politik für die Dritte Welt" gleich mit zwei Aspekten zu schmücken versucht, dem die Politik seines Hauses bestimmt nicht so gerecht wird, wie in dem Heftchen dargestellt: gemeint sind Umweltschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Brav werden im Untertitel unter anderem die populären Politikschlagwörter "Ernährungssicherung, Nahrungsmittelhilfe, Schutz der Tropenwälder" aufgelistet und insgesamt die Broschüre mit schönen farbigen Fotos geschmückt; dennoch kann dieser Versuch der Sympathiewerbung nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade die Politik des Ministeriums Kiechle, beziehungsweise die deutsche Agrarpolitik in der EG, die starre Haltung des Ministers bei den GATT-Verhandlungen gerade in die entgegengesetzte Richtung abzielt als in der Broschüre dargestellt.

Die versuchte Tarnung der wahren Politik mit wohlklingenden und möglicherweise ernst gemeinten Zielvorschlägen in der Broschüre ist allerdings so offensichtlich, das Eigenlob so dick aufgetragen, daß selbst der wohlwollende Leser, dieses Image des Minister Kiechle nicht ernstnehmen kann. Hier wäre weniger mehr gewesen; von einer Umgestaltung der Politik ganz zu schweigen.

(-/15. Januar 1992/st/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Umweltschutz  
mit recycelten Rohstoffen  
Recycling-Paper



### **Europawelt für die Kinder einsetzen**

**Zur Notwendigkeit der nachwachsenden Generation eine humane Umwelt zu bieten**

**Von Wilhelm Schmidt MdB**

**Kinderbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion und**

**Lissy Gröner MdEP**

**Kinderbeauftragte der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments**

Kinderpolitik muß mehr als bisher in das Zentrum politischer Entscheidungen gerückt werden, um damit den schwieriger werdenden sozialen Verhältnissen in Europa vorbeugend für die nachwachsende Generation ein Gegengewicht zu bieten. Kinderfreundliche Städte und Gemeinden dienen zugleich anderen Gruppen in der Bevölkerung, vor allem auch den Älten, ein höheres Maß an Lebensqualität zu erreichen.

Die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes, die jetzt auch vom Bundestag ratifiziert worden ist, bietet für die kommenden Jahre einen wichtigen Handlungsrahmen und verschafft dabei neue politische Schubkraft für die Umsetzung von Kinderinteressen ("Kindeswohl") in Deutschland und den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Bei der weiteren Vollendung der Vereinigung Europas muß auch auf kinderpolitische Themen mehr Rücksicht genommen werden als dies im bisherigen Prozeß der Fall war. Es gibt immer noch zuviel Gewalt gegen Kinder, Kinderpornographie ist ein grenzüberschreitendes Übel, Maßnahmen zu Abbau der Kinder-Erwerbsarbeit müssen (auch in Deutschland) eingeleitet werden - die Liste der notwendigen Aktivitäten ließe sich - leider - beliebig fortsetzen.

Ein besonderes Augenmerk werden die SPD-Fraktionen im Europaparlament und im Bundestag in nächster Zeit auf die Auswirkungen der Verkehrsbelastungen auf Kinder richten. Das jetzt schon beschlossene "Sicherheitsprogramm für Kinder" der EG-Kommission ist hierfür ein erster, aber völlig unzureichender Schritt. Noch deutlicher als bisher ist auf eine Umorientierung der Verkehrssituation zugunsten der Fußgänger, namentlich der Kinder, zu dringen. Verkehrsberuhigende Maßnahmen, Tempo-Limits und schärfere Verfolgung von Verkehrsdelikten der Autofahrer/innen müssen ernsthafter als bisher angestrebt werden.

Wir halten die von der EG-Kommission vorgeschlagene Regelung für ein Werbeverbot für Tabakerzeugnisse für einen Schritt in die richtige Richtung, zumal die Regierungen und die Tabakindustrie bisher nicht in der Lage waren, wirksame andere Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor der freien Zugänglichkeit dieser Produkte vorzuschlagen.

Bei den familienrechtlichen Regelungen, die auch wegen der wichtigen Orientierung durch die UNO-Konvention (grundsätzliches gemeinsames Sorge- und Umgangsrecht, auch im Scheidungs-/Trennungsfall und bei nichtehelichen Gemeinschaften) überarbeitet werden müssen, sollte schon rechtzeitig auf eine europäische Harmonisierung gedrungen werden.

Einer stärkeren Zusammenarbeit der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe im europäischen Rahmen muß durch ein Netzwerk mit der Funktion einer Clearing-Stelle Rechnung getragen werden. Hierfür sollte schon bald eine Initiative über die Regierungen sowie im parlamentarischen Raum eingeleitet werden. Damit könnte auch eine Erweiterung und Intensivierung der Jugend-Austausch-Programme erreicht werden.

(-/15. Januar 1992/st/ks)

\*\*\*\*\*

**Kennzeichnungspflicht für gentechnische Lebensmittel**  
**Transparenz ist erforderlich**

Von Klaus Lennartz MdB und Dr. Marliese Dobberthien MdB

Die Biotechnologie, deren spektakulärster Zweig die Gentechnologie ist, gilt als Schlüsseltechnik dieses Jahrhunderts. Ihr Jahresumsatz wird weltweit auf mehr als 200 Milliarden Dollar zur Jahrtausendwende veranschlagt. Die gentechnische "Optimierung" der Biotechnologie stellt sich bisher vor allem als ein großes, öffentlich finanziertes Forschungsprogramm dar, mit vorerst nur wenigen marktreifen Produkten. Allein in der EG werden bis 1995 insgesamt 730 Millionen DM für biotechnologische Forschung ausgegeben.

Das gesamte Forschungsprogramm geht davon aus, daß eine weitere Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft wünschenswert ist. Aspekte des Umweltschutzes oder Fragen über agrarstrukturelle Auswirkungen werden nicht berücksichtigt.

Mit dem Einsatz der Gentechnologie sind unter anderem folgende Hoffnungen verbunden:

- Überwindung von Krankheiten, insbesondere Krebs und AIDS,
- Behebung der weltweiten Ernährungsprobleme durch höhere Erträge in Ackerbau und Viehzucht,
- Allgemeiner Anstieg des wirtschaftlichen Wachstums mit einer Steigerung des Wohlstands,
- Lösungen von Umweltproblemen, zum Beispiel Ölpest.

Dem stehen unter anderem folgende Risiken entgegen:

- Entstehung neuer Krankheiten,
- Irreversible Entstehung gentechnisch veränderter Lebewesen,
- weitere Zerstörung des durch evolutionäre Prozesse entstandenen ökologischen Systems (genetische Erosion und Abbau des Naturverständnisses),
- wachsende Abhängigkeit von industriellen Großkonzernen, verbunden mit einer weiteren Verelendung der Dritten Welt.

Im Lebensmittelbereich gelten die genetischen Eingriffe bei Starterkulturen und Enzymen vor allem den schon aus der Vor-Gentech-Ära bekannten Innovationszielen: Schneller, billiger, größer, haltbarer. Einige Beispiele:

Gentechnisch manipulierte Bierhefen sollen die Gärzeit drastisch verkürzen (alles im Rahmen des deutschen Reinheitsgebotes!), gentechnisch hergestelltes Chymosin soll den Käse schneller reifen lassen (Roquefort in drei bis zehn Tagen) gentechnisch hergestellte Vanille soll uns aus dem "Würgegriff" einiger zur Zeit das Monopol besitzender Entwicklungsländer befreien (in Madagaskar leben hiervon 70.000 Kleinbauern), gleiches gilt für gentechnische Versuche mit Kakaobohnen. Die mit dem gentechnisch erzeugten Wachstumshormon rBST gezüchtete "Turbokuh" soll zu einer höheren Milchabgabe von bis zu 25 Prozent führen. rBST bis bislang erst in einigen Ostblockstaaten sowie in Südafrika und Indien zugelassen. Bei einem Einsatz in den USA und der EG - geschätzter Umsatz eine Milliarde Dollar jährlich - würden wegen der hohen Investitions- und Überwachungskosten voraussichtlich nur ein Drittel der Milchbauern überleben. Die gesundheitlichen Auswirkungen auf die überzüchteten Kühe kann man sich ausmalen.

Folgende Konsequenzen aus der bisherigen Entwicklung der Gentechnologie sind dringlich

1. Wir brauchen eine breit angelegte öffentliche Diskussion über Chancen und Risiken. Es darf sich nicht der Fehler bei der Einführung der Atomtechnologie wiederholen, daß eine Großtechnologie ohne umfassende Debatte eingeführt wird und die Diskussion erst dann beginnt, wenn bereits irreversible Tatsachen geschaffen worden sind. Experten warnen, daß die Gentechnik mehr Risiken beinhaltet als die Kernkraft und die Wissenschaft bereits nicht mehr von der Politik kontrolliert wird. Sie halten bei Fehlern im Einsatz der Gentechnik einen Gen-Gau für möglich, der sich in 70 Tagen weltweit ausbreiten kann und fordern daher 100prozentige Rückholbarkeit.

Vielleicht sind diese Befürchtungen und Forderungen überzogen. Jedenfalls darf die Politik nicht einfach ohnmächtig vor Wissenschaft und Wirtschaft kapitulieren. Die Gentechnologie ist nur insoweit vertretbar, als sie auf einem gesellschaftlichen Mindestkonsens basiert und sozial verträglich, gesundheitlich unbedenklich und ökologisch beherrschbar ist.

2. Wir brauchen Transparenz bei allen gentechnisch hergestellten Produkten, insbesondere im Lebensmittelbereich. Der Schutz durch das Gentechnikgesetz oder das Lebensmittelgesetz ist völlig unzureichend. Gleiches gilt für die auf EG-Ebene in Vorbereitung befindliche "Novel Food-Verordnung".

Notwendig ist in jedem Fall ein Zulassungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung, in dem die gesundheitliche Unbedenklichkeit gentechnisch erzeugter Lebensmittel nachgewiesen wird.

Es kann auch nicht richtig sein, daß der Verbraucher zwar erfährt, was in dem Lebensmittel alles für Zusatzstoffe enthalten sind, nicht jedoch, ob und wie es gentechnisch manipuliert worden ist. Umfragen haben ergeben, daß die Akzeptanz in der Bevölkerung, gentechnisch manipulierte Lebensmittel zu konsumieren, recht gering ist. Alle gentechnischen Eingriffe bei Lebensmitteln müssen klar deklariert werden, damit die Verbraucher zumindest eine Wahlmöglichkeit hat zwischen herkömmlichen und gentechnisch "verbesserten" Produkten. Die Kennzeichnungspflicht für gentechnische Lebensmittel sollte eigentlich selbstverständlich sein. Sie ist für uns unabdingbar.

(-/15. Januar 1992/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Deutschland 2000 - Die SPD auf dem Weg in die Regierungsverantwortung**

Der SPD-Vorsitzende Björn Engholm und sein Stellvertreter Oskar Lafontaine haben die Eckpunkte des Konzepts der Arbeitsgruppe "Deutschland 2000" vor der Presse erläutert. Ihre Erklärung im Wortlaut:

1. Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen sorgen. Die Probleme unserer Zeit - globale Umbrüche, ökologische Katastrophen, Wirtschafts- und Finanzkrisen, weltweite Massenarbeitslosigkeit und Armutswanderung - den marktwirtschaftlichen Selbstläufen zu überlassen, ist gleichbedeutend mit der Kapitulation der Politik vor den Herausforderungen der Gegenwart und der nahen Zukunft. Sozialdemokraten stehen für ein Konzept aktiver Reformpolitik, das die Möglichkeiten staatlichen Handelns voll ausschöpft.
2. Die Arbeitsgruppe "Deutschland 2000" stellt die Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Der Aufbau der neuen Länder, die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist nur durch eine große solidarische Anstrengung zu schaffen. Die Menschen im Osten Deutschlands brauchen Solidarität und tatkräftige Unterstützung der Menschen in den alten Bundesländern. Mit der ideologischen Fixierung auf den Markt allein läßt sich die anhaltende Wirtschaftskrise nicht bewältigen: Notwendig ist eine moderne Wirtschafts- und Industriepolitik, die marktwirtschaftliche Eigendynamik und staatliches Handeln pragmatisch zusammenführt.

Entscheidend für den zügigen Aufbau sind private und öffentliche Investitionen. Die Eigentumsfrage muß endlich vernünftig geregelt werden. Der von der Bundesregierung starrsinnig verfochtene Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" ist eines der größten Investitionshindernisse. Die SPD fordert eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die den Zusammenbruch mittelfristig wettbewerbsfähiger Unternehmen verhindert und den Regionen Ostdeutschlands neue Perspektiven eröffnet. Auch in den kommenden Jahren sind enorme Fi-

nanztransfers unumgänglich. Ihre Akzeptanz leidet aber daran, daß die Bundesregierung die Kosten für den Aufbau Ostdeutschlands durch schwerwiegende Fehler unnötig hochgetrieben und die Lasten sozial unausgewogen verteilt hat. Wir brauchen ein solides, sozial gerechtes Finanzierungskonzept.

3. Nach Herstellung der staatlichen Einheit und der Wiedergewinnung der vollen Souveränität definiert Deutschland seine Rolle in der internationalen Völkergemeinschaft neu. Für Sozialdemokraten heißt das: Wir müssen unsere Außenpolitik in vollem Gleichklang mit unseren europäischen Nachbarn und Partnern gestalten. Das politische Gewicht Deutschlands wollen wir für eine neue Weltordnung des Friedens und der gemeinsamen Sicherheitspolitik einsetzen. Die UNO muß als wirksames Organ einer harmonischen Welt-Innenpolitik weiterentwickelt werden.
4. Das gemeinsame Europa, eine Vision der deutschen Sozialdemokraten seit ihrem Heidelberger Programm von 1925, muß mehr sein als eine Freihandelszone. Die SPD hat seit über einem Jahrhundert darum gekämpft, daß aus Deutschland ein Sozialstaat wird. Sie wird heute für ein soziales Europa kämpfen. Die EG muß offen sein für weitere Staaten. Erst wenn die Länder der EFTA und die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas den Weg in die EG gefunden haben ist das gemeinsame europäische Haus vollendet.
5. Zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahre gehört die Sanierung der Staatsfinanzen. Die dramatisch steigende Staatsverschuldung zeigt, daß wir heute über unsere Verhältnisse leben. Nach den jüngsten Steuer- und Abgaben-Erhöhungen ist für die meisten Menschen die Grenze der Belastbarkeit erreicht, ja überschritten. Nötig ist ein Kurswechsel in der deutschen Finanzpolitik. Gefordert ist eine rigorose Sparpolitik, die auch vor schmerzhaften Einschnitten in Besitzstände nicht zurückschreckt. Aber diese Konsolidierung ist nur dann politisch vertretbar und durchsetzbar, wenn sie endlich die elementaren Grundsätze sozialer Gerechtigkeit wahrt. Im krassen Widerspruch dazu hat die Bonner Koalition unter dem Druck einflußreicher Wirtschaftsverbände mit Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener und Großunternehmer eine ökonomisch verfehlte, sozial ungerechte und nicht finanzierbare Gefälligkeitspolitik betrieben. Private Investitionen in neue Produktionsverfahren und bessere Produkte sind der Schlüssel zum Wohlstand für alle. Die SPD wird ein Unternehmenssteuerkonzept vorlegen, das die Leistungen und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärkt, ohne die öffentlichen Kassen zu plündern.
6. Leere öffentliche Kassen setzen uns zugleich unter heilsamen Reformzwang: Wir müssen sie als Chance zur Modernisierung des Staates begreifen. Das bedeutet, den Öffentlichen Dienst leistungsfähiger und bürgernäher zu machen und die Auswucherungen der Bürokratie zurückzuschneiden. Politische Entscheidungsfunktionen und ausführende Verwaltungsaufgaben müssen deutlicher voneinander getrennt werden. Das ermöglicht stärkere Dezentralisierung, wertet die unteren Ebenen auf und fördert ortsnahe Problemlösungen. Wir werden auch überprüfen, ob die enorme Regelungsdichte in unserem Land noch berechtigt ist.
7. Die deutsche Einheit muß genutzt werden, um für die Gleichstellung von Frau und Mann positive Elemente aus den alten und den neuen Ländern zusammenzuführen. Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit für Väter und Mütter ist nur auf der Basis ökonomischer Chancengleichheit von Frauen und Männern möglich. Wir brauchen die Gleichstellung im Beruf und gesetzliche Regelungen zur Frauenförderung.
8. Zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern werden wir einen breit angelegten Diskurs über die Zukunft der Arbeit führen. Es geht um die solidarische Aufteilung, um die Gestaltung und Bewertung der Arbeit angesichts des technologischen, ökologischen, ökonomischen und sozialen Wandels. Es ist falsch, den Arbeitsbegriff weiterhin auf die Erwerbstätigkeit zu fixieren. Bestimmte Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit dürfen nicht länger diskriminiert, die Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen muß gleich verteilt werden. Das läßt sich nicht mit globalen, kollektiven Vorschriften

regeln, sondern in einer sinnvollen Verbindung individueller und solidarischer Formen, wie sie der Vielfalt der Lebensstile entsprechen.

9. Notwendig ist ein neuer Konsens zwischen den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppierungen unseres Landes. Die SPD setzt sich für eine Wiederbelebung der "Konzertierten Aktion" unter veränderten Bedingungen ein.
10. Mit der Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung und der sozialen Grundsicherung bei Alter und Invalidität wird der Aufbau des deutschen Sozialstaats weitgehend abgeschlossen sein. Im Vordergrund steht dann die Sorge dafür, daß das soziale Netz bezahlbar bleibt. Die knappen Kassen erfordern eine mutige Sozialpolitik.
  - Vordringlich ist ein wirksames Konzept zur Begrenzung der Gesundheitskosten. Die Kapitulation vor mächtigen Interessengruppen muß ein Ende haben.
  - Die demographische Entwicklung mit einem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen stellt den deutschen Sozialstaat vor eine Bewährungsprobe. Auch in diesem Zusammenhang ist eine moderne Zuwanderungspolitik unerlässlich.
  - Den Familien mit Kindern kann auch ohne zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte durch sinnvolle Umschichtungen wirksam geholfen werden. Unser Ziel ist ein einheitliches Kindergeld von monatlich 230 DM für jedes Kind.
  - Daß es die jetzige Bundesregierung nicht schafft, die dramatisch zunehmende Wohnungsnot zu bekämpfen, ist eines ihrer schwerwiegendsten Versäumnisse. Wir brauchen endlich eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Die steuerliche Förderung der privaten Bautätigkeit muß effizienter und gerechter werden.
11. Das Programm der umfassenden ökologischen Modernisierung unserer Industriegesellschaft kann nur erfolgreich sein, wenn alle kritischen und kreativen Potentiale der Gesellschaft hierzu genutzt werden. Bildung und Kultur haben für diese politische Herausforderung wichtige Funktionen. Das heißt zum Beispiel, daß das Bewußtsein der Notwendigkeit ökologischer Modernisierung seinen Ausdruck auch in den Curricula aller Bildungseinrichtungen haben muß.

Sozialdemokratische Politik möchte darüber hinaus die Kunstschaffenden unseres Landes ermuntern, ihre Phantasie und ihre ästhetischen Standards in den Umgestaltungsprozeß einzubringen. Dabei wollen und können wir nicht auf die ostdeutsche Kulturszene mit all ihren Widersprüchen verzichten. Wir wollen politisch wie ökologisch keine Monokultur des einvernehmlichen Verdrängens, sondern eine Kultur des Sichtbarmachens von Konflikten, Möglichkeiten und Visionen.

12. Eines der Kernstücke sozialdemokratischer Politik ist und bleibt die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Der alltägliche Massenstau auf deutschen Straßen zeigt, wohin es führt, wenn die Interessen der Automobilindustrie zur bestimmenden Handlungsmaxime der Verkehrspolitik werden. Wir brauchen eine humane Verkehrspolitik, die den berechtigten Wunsch nach individueller Bewegungsfreiheit mit dem Schutz von Leben und Natur in Übereinstimmung bringt. Ein Tempolimit würde die Sicherheit auf unseren Straßen wesentlich erhöhen und den Verkehrsfluß deutlich verbessern.

Das von "Fortschritt '90" erarbeitete Konzept der ökologischen Weiterentwicklung des Steuersystems bleibt auf der Tagesordnung sozialdemokratischer Politik. Die steuerliche Entlastung der Arbeit bei gleichzeitiger Belastung umweltschädlichen Verhaltens ist ein Kernstück marktwirtschaftlicher Umweltpolitik.

13. In einer Zeit, in der die Regierungsparteien bei wichtigen politischen Herausforderungen tief zerstritten, handlungsunfähig und zu notwendigen Reformen nicht bereit sind, müssen wir bei der Entwicklung programmatischer Perspektiven für unser Land die Vorreiterrolle übernehmen. Wir laden alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes ein, sich an unserem Diskussionsprozeß zu beteiligen und ihn kritisch zu begleiten: Die deutsche Sozialdemokratie will mit "Deutschland 2000" Fortschrittsbündnisse organisieren - zur Sicherung einer gerechten und menschenwürdigen Zukunft für unser Land. (-/16. Januar 1992/st/ks)

\*\*\*\*\*